

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 65, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Dorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 9-5 Uhr

Verleger: Dorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 65, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Noch keine Entspannung in Genf.

Eine Vollversammlung ohne Interesse. - Weitergang der inoffiziellen Beratungen.

Genf, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Ministerpräsident Briand empfing am Freitagabend nach der Ablehnung des Kompromissvorschlages durch die deutsche Delegation die französische Presse. Er erklärte, daß er für den Augenblick keinen Ausweg mehr sehe. Was Frankreich betreffe, so sei es an der Grenze seiner Konzessionen angelangt. Jetzt sei das Werk von Locarno, ja die unmittelbare Zukunft des Völkerbundes bedroht. Er sei erstaunt und auf das Schmerzlichste überrascht, daß der von Banderweide gemachte Vermittlungsvorschlag, den er unter Verzicht auf seine ursprüngliche Forderung nach einem sofortigen ständigen Sitz für Polen unterstützt habe, von Deutschland abgelehnt worden sei. Auch Banderweide äußerte sich in dem gleichen Sinne.

Der erste Hauptdelegierte Frankreichs, Genosse Paul Boncour, erklärte dem Sonderkorrespondenten des „Sozialistischen Pressedienstes“: „Ich bin der Ansicht, daß, wenn die französische Delegation noch weitere Konzessionen machen würde, Briand keineswegs mehr die Sicherheit hätte, die Ratifizierung des Locarno-Vertrages im Senat durchzuführen. Das ist keine Prestigefrage für uns, sondern eine Frage der politischen Vernunft. So wie die Dinge heute Abend liegen, sehe ich schwarz, und wenn morgen kein Umschwung eintritt, so befürchte ich, daß schließlich nur noch eine Gesamtvertagung der ganzen außerordentlichen Session des Völkerbundes das Schlimmste verhüten könnte und die Türe zu einer späteren Verständigung offen ließe.“

Da die Vollversammlung des Völkerbundes am Sonnabendvormittag zur Diskussion allgemeiner Fragen zusammentritt, wird der Rat erst nachmittags wieder seine offiziellen Beratungen aufnehmen können. Im Laufe dieser Besprechungen dürfte wahrscheinlich ein letzter Versuch gemacht werden, den Bruch zu verhindern. Briand hat inzwischen seine Absicht und die Aufgabe der Regierungserklärung auf Donnerstag der kommenden Woche verschoben. In maßgebenden Kreisen betrachtet man vorläufig als den noch vorhandenen Ausweg die Annahme des vom schwedischen Außenminister gemachten Angebotes, auf den Ratssitz zu verzichten. Diesem Auswege stehen von gewissen Seiten natürlich Schwierigkeiten entgegen. Das Angebot Lindens gilt selbstverständlich nur für den Fall, daß damit in der jetzigen Tagung die Ratfrage erledigt werden kann und von anderer Seite keine weiteren Ansprüche gestellt werden.

V. Sch. Genf, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Ueber Radt hat sich, wie immer nach einer starken Aufregung, die Stimmung in Genf etwas beruhigt, obwohl

bisher kein sachliches Anzeichen von Entspannung bemerkbar wird. Man hofft, daß von deutscher Seite irgendein Schritt erfolgen werde, und sei es nur, um die Verhandlungen in Fluß zu bringen. Vielleicht ergibt sich eine solche Gelegenheit bei einem Frühstück, das Luther heute mittag zu Ehren Chamberlains veranstaltet.

Nach in der Nacht, gegen 1/2 11 Uhr, hatte der englische Ministerpräsident die englische Presse versammelt und ihr erklärt, alles sei aus, die Verträge von Locarno seien lahmgelegt und dergleichen Redensarten mehr, die auf deutscher Seite teils als Taktik oder als der Ausdruck der persönlichen Bitterkeit Chamberlains betrachtet werden und keinen allzu großen Eindruck machten. Chamberlain erklärte bei dieser Pressekonferenz, daß er über 40 Millionen Engländer gegen sich habe. Dennoch glaube er im Recht zu sein und nicht anders handeln zu können.

Die für heute vormittag um 10 1/2 Uhr angesetzte Vollversammlung verlief entsprechend ihrer Tagesordnung und der allgemeinen Stimmung interesselos. Auf Nachfrage für Leon Bourgeois und für Budgetfragen bzw. Baupläne des Völkerbundssekretariats kann man zurzeit wenig Interesse aufbringen. Die Sitzung dauerte kaum länger als eine Stunde. Die vielen abwesenden Delegierten haben nichts veräumt.

Ebenso blieb der Zwischenfall aus, den man befürchtet hatte: Man hatte nämlich mit der Möglichkeit gerechnet, daß irgendein Delegierter eines kleinen Staates das Wort verlangen würde, um zu fragen, was los sei. Man habe die Völkerbundsversammlung für den 8. März einberufen, um den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu vollziehen. Und heute — nach einer Woche — sei davon noch immer nicht die Rede.

Ein solcher Vorstoß hätte natürlich nur Öl aufs Feuer gegossen und er ist wohl deshalb nicht erfolgt.

Chamberlain erklärt weitere Verhandlungen für zwecklos.

London, 13. März. (W.T.B.) Die Lage in Genf wird von Reuters wie folgt geschildert:

- 1. Dr. Luther hat die Delegierten der alliierten Regierungen dahin verständigt, daß die deutsche Regierung nicht in der Lage sei, die Vorschläge anzunehmen, die der deutschen Delegation am 12. März morgens unterbreitet wurden, um die Krise wegen der Sitze im Völkerbundsrat zu regeln.
2. Briand teilte mit, daß die deutsche Regierung nicht in der Lage sei, die Vorschläge anzunehmen, die die äußerste Grenze der alliierten Zugeständnisse darstellten.
3. In einem Interview mit dem Reuters-Korrespondenten sagte Sir Austen Chamberlain. Wenn er auch am Vormittag hoffnungsvoll gewesen sei, bezüglich einer befriedigenden Regelung infolge des leidenschaftlichen Appells Banderweides, der verständlichen Haltung Briands und seiner eigenen Bemühungen, so habe er jetzt doch auch den Eindruck, daß die Ablehnung der letzten Vorschläge durch Dr. Luther alle Bemühungen zur Fort-

setzung der Besprechungen zwecklos gemacht habe. Chamberlain bezeichnete das Ergebnis als eine Tragödie und fügte hinzu, was die Zukunft betreffe, so liege die ganze Angelegenheit in den Händen des Völkerbundes.

Von 10 bis 5 Uhr

liegen am Sonntag die Einzeichnungslisten für das Volksbegehren an den bekannten Stellen aus. Auf jede Stimme kommt es an. Darum darf keiner länger säumen, sondern seinen Namen in die Listen

eintragen für das Volksbegehren!

Die Eintragungen in Berlin.

Bisher fast 800000!

Die Eintragungen zum Volksbegehren waren in Berlin am gestrigen Freitag, wie bereits in unserer heutigen Morgenausgabe auf Grund von Stichproben vermerkt wurde, um einiges geringer als am Donnerstag. Das Tagesergebnis ist aber mit 68 630 immer noch so stattlich, daß es sich sehen lassen kann. Die Minderungen gegenüber dem Donnerstag geht durch fast alle Bezirke hindurch; nur Lichtenberg macht eine Ausnahme und holt Veräumtes nach, indem es auch diesmal eine Mehrung gegenüber dem Vortag bringt. Die Gesamtzahl der bisherigen Eintragungen für Berlin stellt sich nun auf

793 826.

woran der volkreiche und vorwiegend von einer linksgerichteten Bevölkerung bewohnte Bezirk Wedding allein mit fast 100 000 (genauer: 96 965) beteiligt ist.

Eingetragen wurden am Donnerstag und am Freitag (in Klammern die Summen aus den bisherigen neun Tagen):

- Mitte 6625, 4533 (51 271);
Tiergarten 5496, 3862 (47 259);
Wedding 10 122, 7537 (96 965);
Prenzlauer Berg 8441, 6290 (78 633);
Friedrichshain 10 343, 7205 (68 785);
Kreuzberg 10 202, 6812 (88 651);
Charlottenburg 5706, 4182 (41 742);
Spandau 2594, 2387 (21 460);
Wilmersdorf 2054, 1568 (15 046);
Zehlendorf 306, 263 (2360);
Schöneberg 3786, 2847 (31 284);
Steglitz 2001, 1470 (13 784);
Tempelhof 1333, 1164 (11 185);
Neukölln 8263, 5565 (77 233);
Treptow 2685, 1932 (24 940);
Köpenick 1436, 928 (14 055);
Lichtenberg 4752, 6204 (42 702);
Weißensee 1481, 973 (10 801);
Pankow 1883, 1318 (15 237);
Reinickendorf 2556, 1545 (19 433).

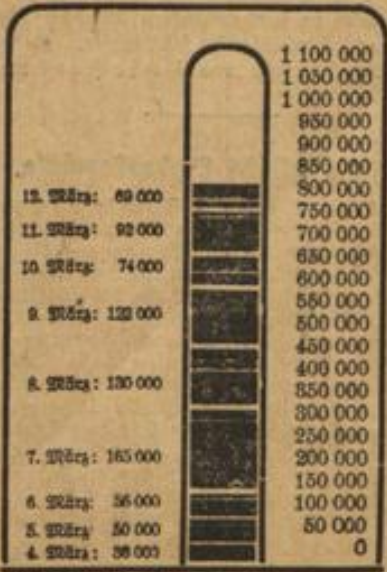
Groß-Berlin: 92 075, 68 630 (793 826).

Elfrige Werbearbeit in allen Bezirken und allen Kreisen der Bevölkerung läßt erhoffen, daß am heutigen Sonnabend und am morgigen Sonntag in Groß-Berlin die volle Million Eintragungen erreicht wird.

Ueber 60000 in Köln.

Köln, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Bis Freitag Abend waren in Köln über 60.000 Namen für die Einzeichnungslisten zum Volksbegehren eingetragen. Wenn der Zustrom in dem gleichen Tempo anhält, wird in Köln die Zahl der sich Einzeichnenden bis zum 17. März auf etwa 120.000 anwachsen.

Stand des Volksbegehrens in Berlin.



Das siebente Gebot.

Von der Bischof von Passau.

Von katholischer Seite wird uns geschrieben: Der Bischof von Passau hat es seinen Diözesanen zur Gewissenspflicht gemacht, unter allen Umständen die Eintragung in die Listen des Volksbegehrens zu unterlassen. Er beruft sich dabei auf das siebente Gebot, in dem es heißt: „Du sollst nicht stehlen!“

Es ist nicht ohne Interesse, daß der Bischof von Passau dem bayerischen Uradel angehört; der Sigismund Felix ist Sigismund Felix Freiherr von Ow, und es scheint, als ob hier der Adlige, nicht der Seelenhirte gesprochen hätte. Einer der Ow war in der Kulturkampfszeit als Zentrumsabgeordneter Präsident der Bayerischen Kammer. Der adlige Bischof geht aber bei seiner Rundgebung von einer falschen Voraussetzung aus. Diebstahl kann nur am Eigentum begangen werden; das setzt voraus den rechtmäßigen Erwerb. Herr von Ow hätte daher gleichzeitig untersuchen müssen, inwieweit gerade in dem Falle des Fürstenbesitzes von rechtmäßigem Erwerb die Rede sein kann. Er hätte bei dieser Untersuchung un schwer feststellen können, daß so manches, das sich heute im Fürstenbesitz befindet, ebenfalls nur gegen das siebente Gebot in diesen Besitz gelangt ist; es ist also nur Besitz, nicht Eigentum. Man hat nie gehört, daß einmal eine warnende Stimme die Fürsten auf dieses siebente Gebot aufmerksam gemacht hätte. Soweit es sich also um den Besitz handelt, dessen rechtlicher Erwerbstitel nicht feststeht — Gewalt gibt keinen Rechtstitel — kann von einer Sünde gegen das siebente Gebot keine Rede sein. Darüber dürfte sich auch der Herr Bischof von Passau im Klaren sein.

Der Staat hat das Eigentumsrecht der Untertanen zu schützen. Die Fürsten sind ohne Zweifel Untertanen im Sinne der früheren Zeit und im staats- und rechtspolitischen Sinne. Dieser Schutz kann aber ohne Zweifel nur dem wirklichen Eigentum angedeihen. Was aber sagt Professor Walter, dessen Autorität in katholischen Kreisen anerkannt ist, im Staatslexikon der Coerres-Gesellschaft, I. Band, Seite 1492:

„Gewiß obliegt es der Staatsgewalt, das Eigentum durch eine feste Rechtsordnung zu sichern, also der sittlichen Seite des Rechts auch mit der physischen Erzwingbarkeit zu Hilfe zu kommen. Aber dabei hat es keineswegs sein Bewenden. Vielmehr fällt dem Staate gerade auf dem Gebiet der Güterverteilung eine hochwichtige Aufgabe zu. Daß das Privateigentum wirklich die seine Existenz rechtfertigenden segensreichen Wirkungen in der Gesellschaft entfalte, darauf hinzuwirken ist der Staat an erster Stelle mit der nach innen wirkenden Kirche beauftragt.“

Professor Walter spricht dann von den Enteignungsbeugnissen des Staates und fährt fort:

„Welt wichtiger aber ist es, daß der Staat für eine sozial gesunde, d. h. dem Mittelstandsideal sich annähernde Eigentumsverteilung Sorge.“

Nachdem Professor Walter verschiedene staatliche Eingriffe erwähnt, schließt er:

„Das sind keine unbefugten Eingriffe in die Heiligkeit des Privateigentums; denn der Eigentümer ist ein Glied der staatlichen Gesellschaft und das Eigentum eine soziale Institution insofern, als es nicht bloß dem Wohl des einzelnen und der Familie dienen, sondern seine segensreichen Wirkungen über die Gesamtheit erstrecken soll.“

Und auf Seite 1484 führt Professor Walter aus:

„Die soziale Seite am Eigentum tritt am stärksten zutage in den Fällen „äußerster Not“. Wer sich in solcher Lage befindet, ist befugt, sich das zur Abwendung der Gefahr Nötige aus fremdem Eigentum anzueignen, selbst gegen den Willen des Eigentümers. Das formelle, fremde „Recht“ des Besitzers wurde gegenüber dem höheren Recht auf das Leben materiell zum Unrecht... Das Recht auf Existenz ist wichtiger und dringlicher als der in solchem Fall bloß äußerliche und inhaltsleere Rechtstitel des Eigentümers.“

Professor Walter beruft sich dabei ausdrücklich auf den als Theologen gefeierten Jesuitenpater Cathrein.

Wohl aus dem Gefühl, daß die Theorie theologisch und juristisch unhaltbar ist, derzufolge sich der gegen ein göttliches Gebot verübende, der sich in die Listen eintragen läßt, weiß der Bischof auf mögliche Konsequenzen hin. Ganz abgesehen davon, daß an solche Enteignungsmahnahmen gegen die Kirche niemand denkt, ist es ein Unding, auf Möglichkeiten und Eventualitäten gestützt, eine solche Verordnung zu erlassen, welche danach einen Uebergriff auf das staatspolitische Gebiet darstellt. Daß dieser in Bayern ungerügt bleiben wird, kann nicht wundernehmen. Die Anhänger der „alten Zeit“ dürften versichert sein, daß Bismarck so etwas nicht geduldet hätte. Tatsächlich schafft der Bischof von Passau für seine Diözesanen — ohne Grund und Berechtigung, — nur einen schweren Gewissenskonflikt, den er selbst zu verantworten hat. Davon kann keine Rede sein, daß der eine Sünde im kirchlichen Sinne begeht, der sich in die Listen enträt. Auch hier gilt der alte Rechtsgrundsatz der Römer: „Wer sein Recht ausübt, verletzt niemanden.“ Immerhin ist der Hinweis auf das siebente Gebot insoweit dankenswert, als er geeignet ist, nicht dem Volke, sondern den Fürsten ins Gewissen zu reden, das beim Erwerb von Besitz sowohl hinsichtlich des sechsten und siebenten Gebotes immer sehr weit war.

Die Zentrumspartei Groß-Berlin hielt am Freitag im Gesellschaftshaus eine Delegiertenversammlung ab, die sich mit der Frage der Fürstenabfindung beschäftigte und in der auch

Wahlberechtigte und zehntausend Zentrums wähler als Gäste anwesend waren. Das Referat hielt der Reichstagsabgeordnete Schönborn. Als der Referent von den 750 000 Eintragungen in Groß-Berlin sprach, brühten die Versammelten ihre Freude darüber durch lebhaftes Bravo- und Handklatzen aus. Schönborn stellte fest, daß derjenige, der sich für das Volksbegehren einträgt, kein schlechter Zentrums-mann sei. Er versprach auch, für eine Lösung der Frage, wie sie den Wählern genehm sei, sich einzusetzen.

In der darauffolgenden Diskussion kam die Stimmung der Zentrumsanhänger für das Volksbegehren zum Ausdruck. Man müsse sich in die Listen eintragen, um einen Druck auf das Parlament auszuüben. Es wurde auch betont, daß in Zentrumskreisen nicht mehr das unbegrenzte Vertrauen zu den Beschlüssen der Fraktion herrsche. Ein Redner sagte, man werde sich hüten, auf das Volksbegehren in Erwartung sehr unsicherer Dinge zu verzichten. Die Frage der Fürstenabfindung sei eine politische Frage, die man nicht nur vom rechtlichen Standpunkt ansehen dürfe.

Mit überwältigender Mehrheit wurde schließlich eine Resolution angenommen, die in scharfen Worten die Nichtstimmung der Versammlung über den Fraktionsbeschluss ausdrückt. Die Aufforderung, sich nicht einzuziehen, wird darin als eine Verletzung der verfassungsmäßig verbürgten Rechte jedes Deutschen abgelehnt. Eine andere Resolution, die sich dem Kompromißentwurf des Reichstags näherte, wurde mit ebenso großer Mehrheit abgelehnt!

Auch in Fulda!

Fulda, 13. März. (Stf.) Die größte Versammlung, die Fulda je gesehen hatte, war die gegen die Fürstenforderungen. Obwohl das Zentrum offiziell gegen das Volksbegehren ist, konnte es nicht verhindern, daß 1500 Zentrumsleute in der Versammlung anwesend waren und sich für Unterstützung des Volksbegehrens aussprachen. Der erste Redner, Dr. Meißinger (Z.) setzte sich gleich dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Paul Köhle für das Volksbegehren ein. Und gerade die Zentrumsanhänger quittierten die Ausführungen beider Redner mit lebhaftem Beifall.

Unabhängige Justiz!

Wie die Rechte sie auffaßt.

Die gesamte Rechtspresse wendet sich lärmend gegen den Kommentar des Ministerpräsidenten Braun zu seiner Reichsbannerrede, der einige unverblümte Wahrheiten enthält. Sie steht in den Ausführungen einen Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz.

Die Tatsachen reden eine andere Sprache. Genosse Braun hatte dem Schwurgericht des Landgerichts III. Berlin zwei Dinge zum Vorwurf gemacht: den Ausschluß der Öffentlichkeit bei dem Fememordprozeß Schirrmann und das Verschweigen, die Hintergründe des Mordes aufzudecken.

Wie unnützlich der Ausschluß der Öffentlichkeit war, hat inzwischen der Untersuchungsverlauf im Fememordprozeß erwiesen. Er hat allerdings auch die Gründe aufgedeckt, weshalb die Rechtskreise ein Interesse am Ausschluß der Öffentlichkeit haben. Dieses Interesse ist aber kein Staatsinteresse.

Daß es notwendig ist, die Hintergründe der Fememorde aufzudecken, haben inzwischen die Justizbehörden selbst bestätigt. Sie haben den Antrag gestellt, den Komplex der Fememordprozesse dem Staatsgerichtshof zu überweisen, weil es sich erwiesen habe, daß die tiefsten Zusammenhänge der Fememorde aufklärungsbedürftig seien.

Wenn sich die Rechtspresse für die Unabhängigkeit der Gerichte einsetzt, so können wir dem nur zustimmen. Aber wer im Glaschouh sieht, sollte nicht mit Steinen werfen. Wie sieht es denn in Vöckern aus, die mit einer Regierung nach dem Geschmack der Rechtsparteien gesegnet sind? Der Fall Stöckel aus dem Lande der Stahlhelmregierung, Braunschweig, ist in frischer Erinnerung. Der Fall Luppe liegt

erst einige Wochen zurück. Im Lande der Ordnungsregierung, Thüringen, reißt sich ein Justizskandal an den andern. Dort müssen selbst Richter und Staatsanwälte öffentlich feststellen, daß reaktionäre Regierungen wiederholt einen Druck auf die Justizbehörden ausgeübt haben. Und hat sich etwa das sicherlich nicht demokratisch eingestellte Reichswehrkommando geniert, sich sofort nach dem Einmarsch in Thüringen der Justiz zu verschließen?

Die Rechtspresse hat allen Grund von der Unabhängigkeit der Gerichte zu schweigen! Ihre Sorge ist weniger diese Unabhängigkeit, als die Umstellung der Justiz zu einer objektiven Behörde der Republik.

Aus Thüringen wird uns geschrieben:

Wie alles in Thüringen hat auch diese Berufung des bisher als Richter am Gemeinschaftlichen Thüringischen Oberlandesgericht in Jena tätigen Oberlandesgerichtsrats Dr. Blomeyer zum Universitätslehrer eine politische Note. Dr. Blomeyer genießt mit Recht den Ruf eines außerordentlich befähigten Juristen und das Ansehen, in dem die Rechtspresse des Jenaer Oberlandesgerichts steht, begründet sich nicht zuletzt auf seine Tätigkeit. Trotzdem oder gerade wegen seiner hervorragenden Qualitäten als Richter hat sich Blomeyer unbeliebt gemacht — und zwar beim thüringischen Justizministerium bzw. dessen Juristen. Denn vor dem Zivilsenat, dem Blomeyer angehört, hat das Land Thüringen in den letzten zwei Jahren zahlreiche Staatsprozesse verloren. Warum? Man erzählte sich über die Meinung des in diesen Prozessen als Berichterstatter tätigen Oberlandesgerichtsrats Dr. Blomeyer sehr viel. Einmal wurde es dann auch öffentlich bestätigt, indem Blomeyer in öffentlicher Senatsitzung einen Staatsprozeß, für dessen Führung das Justizministerium verantwortlich zeichnete, als ungenügend und nachlässig vorbereitet erklärte und für den Staat verloren machte. Damit war das Geheimnis der thüringischen Staatsprozesse enthüllt — und Oberlandesgerichtsrat Dr. Blomeyer in Ignomine gefallen. Die Vakanz eines Berufsstuhles an der Universität Jena bot den Anlaß, um Blomeyer aus der Rechtspresse zu beseitigen. Für die Landesuniversität ist die Ernennung Blomeyers zweifellos ein großer Vorteil. Hingegen muß sein Ausscheiden aus der Rechtspresse des Oberlandesgerichts bedauert werden.

Terror gegen Volksbegehren.

Ein Rundschreiben des Kreislandwirtschaftsverbandes Jüterburg.

Königsberg, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Kreislandwirtschaftsverband Jüterburg verbreitet an seine Vertrauensleute ein Rundschreiben, in dem es heißt:

„Wir bitten die Herren Vertrauensleute ergebenst in ihren Vertrauensbezirken Aufklärung zu schaffen und der Sammlung von Unterschriften durch Hauslisten usw. oder der Anwendung eines Druckes zur Erzwingung von Unterschriften entgegenzutreten. Wichtig ist für uns, daß wir aus dem Kreise die Namen aller derer haben, die sich in die Listen eingetragen haben. Wir bitten daher ganz ergebenst vor Schließung der Listen am 17. März in die Listen Einsicht zu nehmen und einen Auszug mit Namen aller derer, die sich eingetragen haben, anzufertigen und uns zuzusenden. Wir bitten dies unter keinen Umständen zu versäumen, da wir auf vollständiges aus dem gesamten Kreise zusammengestelltes Material größten Wert legen.“

Der Vorsigende.

gez. Hundertmarkt, Wittgitten.

Derartige Listen haben nur dann einen Sinn, wenn beabsichtigt ist, gegen die Namensträger der schwarzen Listen später vorzugehen. Faktisch bedeutet also das Rundschreiben der Hundertmarkt und Genossen eine Drohung, die geeignet ist, auf die Bevölkerung einen widerrechtlichen Zwang auszuüben. Aufgabe der Behörden wird es sein, die Bevölkerung vor den Nachgefühlen dieser Herrschaften zu schützen. Trotz derartiger Drohungen haben sich bisher in Königsberg 23 000 Personen in die Listen eingetragen, in Jüterburg 2824. Das sind 15 Proz. der Stimmberechtigten.

Kurt Kläber.

Von Walther G. Dichtewski.

Abgesehen von einem schmalen, vor einigen Jahren in der Jenaer Volksbuchhandlung erschienenen, inzwischen neu aufgelegten Büchlein „Junge Saat“ las man von dem jungen Arbeiterdichter und Bergmann Kläber nur in Jugendzeitschriften und kleineren Arbeiterzeitungen Verstreutes: Verse, die jung und dennoch schon getrunn, Prosa, die anfangs verträumt und unproletarisch, später aber dann klar und einfach, in einem gehämmerten, arbeitend durchdrungenen Deutsch, gewinnend und kraftvoll klang. War es früher nur das heiße, liebende Herz, das diesem jungen Arbeiter zum Symbol einer ganzen, dem Gleichmaß des Tages, der Sattigkeit des Lebens überdrüssigen Jugend wurde, so härtete ihn bald das Feuer unter den Hochöfen Westfalens zu einem Menschen, dem die Zeit und das Dasein nur Aufgabe, der Wille und das Tun nur Bestimmung ist.

Wer Kläber kennt oder seine Entwicklung, die durch die Zeitschriften der deutschen Jugendbewegung lief, verfolgen konnte, wird diese Veränderung in seinem dichterischen Schaffen und sein Bemühen, mehr und mehr dem revolutionären Proletariat die Waffen zu scharfen, im stärkeren Maße seit seiner Amerikafahrt, die ihn ausländische Freunde ermöglichten, bemerkt haben. Vest man jetzt seine ganz auf das sprachlich Notwendigste konzentrierten „Gepörr“, „Reisefitzzen“ aus dem empfehlenswerten Auswahlbuch „Empörer! Empörer!“ (Verlag der Syndikalist, Berlin O. 34), so weiß man auch, wer ihm in der verweirtesten und selbstanklagenden Zeit Lehrmeister wurde. Emile Zola, der große französische Schriftsteller, für den selbst der sprachgewaltige Dichter-Philosoph Nietzsche nur den unverständlichen Spott „Zola, oder die Lust am Stinken“ übrig hatte. Wenn er in diesem Zusammenhang genannt und damit im besonderen auf ihn hinweisen wird, so soll Kurt Kläber nicht Abhängigkeit oder direkte Beeinflussung vorgeworfen werden. Dazu ist Kläber ein schon zu selbständiger Geist. Was ihn an Zola oder auch Upton Sinclair erlaunen läßt, ist weniger das Unterschiedliche als das Gemeinsame: gleicher Dienst, Stimmne der Empörung, harte, nicht durch romanische Süßigkeiten forkyzeugende Wirklichkeit.

Diese Gemeinsamkeit ehrt ihn und wurde die Erde seiner Dichtungen; man glaubt wieder, daß die unbemittelte Wiedergabe der augenscheinlichen Dinge, die fast von einer journalistischen photographischen Genauigkeit diktiertem Erlebnis, die Erregung und das Tempo der arbeitenden Massen beschleunigen könnte.

Für die Gerechtigkeit eines Menschen: zu sagen, was Rot ist, und nur zu fragen, wie diese Rot abzuschaffen sei, gibt es einen Straf-

gehebuchparagrafen: „Anklage des versuchten Hochverrats.“ Das diesem Paragrafen zum Opfer gefallene Werk „Barrikaden an der Ruhr“ (jetzt Auslieferung Egon Grinberg u. Co., Wien NY) soll nach dem Beschluss des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise Kläber der Bevölkerung zum Ungehorsam gegen Befehle aufgefordert“ haben. Vergeblich, dieses Urteil ist jetzt rückgängig zu machen, waren selbst die glänzendsten Zeugnisse führender Persönlichkeiten des deutschen Geisteslebens, wie Gerhart Hauptmann, Hermann Hesse, Arthur Holtscher, Alfred Kerr, Käthe Kollwitz, Thomas Mann.

Wir glauben noch nicht daran, daß die deutsche Justiz zu überzeugen ist, daß auch die Arbeiter Menschen unter „Menschen“ sind; wir glauben ferner nicht, daß sie berechtigt sei, über Dichtungen, die ja nur Stenogramm des uns umflutenden und beherrschenden Lebens sind, den Stab zu brechen. Was weiß sie oder vielmehr will sie von den zerstreuten Leibern der Großstadthäuser wissen? Kennt sie die Rot der Jungen und das schmale Lachen der Kinder auf den dunklen Höfen?

Das letzte Buch „Revolutionäre“ (Roter-Türmer-Verlag, Leipzig) enthält Erzählungen aus den Kämpfen des Proletariats 1918 bis 1925. Hier erlebt man noch einmal, was schon vergangen ist und morgen vielleicht schon wiederkehrt, unbarmherzig, schmerzvoll, grausamer: Schrecken und Rot! Um bereit zu sein für den Tag, an dem wir dennoch glauben, sollen wir Kläber kennen. Volk nicht nur die Häufe in den versteckten Taschen, hört, macht die Ohren auf, sagt an, bündel auch, seid tapfer. Kurt Kläber rief: „Zerbricht auch die Erde mit uns / wir standen erlöst im Licht!“

Eine englische Diebeskomödie.

Das Lustspiel des Engländers Frederic Bonsdale „Mrs. Chenerys Ende“, das gestern im Theater in der Königsgräber Straße unter Wiltor Barnowskys Regie zum ersten Male aufgeführt wurde, hat einen entzückenden ersten Akt. Er spielt im kultivierten Haus der Frau Chenery, die mit durchaus vornehmen Gästen einen Wohltätigkeitsabend veranstaltet. Die Gäste sind besonders begeistert von dem würdigen und korrekten Haushofmeister Charles. Es geht wie gesagt, in diesem Haus höchst vornehm zu. Als sich aber der letzte Gast verabschiedet hat und Mrs. Chenery am Flügel einige Weisen spielt, kommen alle Diensthilfen ins Musikzimmer mit vertraulichem und dabei sehr unpassendem Benehmen. Sie buzen alle ihre Herrin, kummeln sich randand auf den Sesseln herum, und das ist die Ueberraschung des englischen Autors: Frau Chenery ist eine Hochstaplerin. Sie hat sich mit Hilfe des korrekten Charles in die Gesellschaft eingeschmuggelt, um ertragreiche Raubzüge zu unternehmen. Eins dieser Gaunerstücke, der geplante Diebstahl einer kostbaren Perlenkette, bildet den Inhalt der Komödie. Es ist klar, daß sich Bonsdale den Trick nicht entgehen läßt, die Raubgeschichte durch Liebeskonflikte mit der begehrten Mrs. Chenery zu komplizieren. Während der erste Akt künstlerische Quali-

Demokraten für Volksbegehren!

Folge der Verschleppungstatist des Rechtsausschusses.

Justizminister Dr. Marx erklärte gestern im Rechtsausschuß, die Reichsregierung habe beschlossen, vorläufig zum Abfindungskompromiß keine Stellung zu nehmen. Ihre Mitarbeit bedeute noch keine Zustimmung. Der Rechtsausschuß beschloß darauf, sich bis nach Abschluß des Volksbegehrens zu vertagen. Dazu bemerkt das „Berliner Tageblatt“:

Beide Tatsachen sind geeignet, eine lebhafteste Verwunderung zu erregen. Die entscheidenden Kompromißverhandlungen haben in der Reichstanzlei stattgefunden, und es stand wohl allen Mitgliedern des Kabinetts frei, sich daran zu beteiligen. Daß die durch Kabinettsbeschluss festgestellte Einmütigkeit der Reichsregierung sich nur auf die Grundgedanken der Vorlage bezogen hätten, ist eine Deutung, die erst jetzt ganz überraschend aufsteht. Man muß die Sache sehr wohlwollend beurteilen, wenn man in dieser plötzlichen eingetretenen Unklarheit keine Verschleppung sehen will.

Und dann die Vertagung! Das Plenum des Reichstags freilich läßt eine mehrtägige Pause eintreten. Aber mußte deshalb auch der Rechtsausschuß feiern? Andere Ausschüsse arbeiten weiter. Keiner hätte soviel Ursache dazu gehabt wie gerade der Rechtsausschuß. Die Meinung der Regierung über den gegenwärtigen Kompromißentwurf spielt dabei keine Rolle; wichtig wird erst ihre Stellung zu der endgültigen Fassung sein, die der Rechtsausschuß mit Mehrheit beschließt. Man hätte wohl allgemein erwartet, daß das Kompromiß seine definitive Gestalt gewinnen würde, ehe die Einreichungsfrist für das Volksbegehren abgelaufen sein würde. Seine überraschende Vertagung über diese Frist hinaus wird vermuthlich die ungewollte Wirkung haben, daß viele bisher Schwankende nun das Volksbegehren durch ihre Unterschrift unterstützen werden.

Die Schlussfolgerung des „Berliner Tageblatts“ ist unmißverständlich. Sie entspricht den Befehlen der Logik.

Kürzung der Beamtenbezüge.

Der Bundesauschuß des A.D.B. appelliert an den Reichstag.

Bundesauschuß und Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes haben sich mit der durch die Stellungnahme des Reichsfinanzministers geschaffenen Sachlage befaßt. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold lehnt die Uebernahme der im Dezember vergangenen Jahres den Beamten der Gruppen 1 bis 6 gewährten Zulage in das neue Etatsjahr ab. Die Zulage, die ursprünglich nach dem einmütigen Beschluss des Hauptausschusses des Reichstages die Form einer Erhöhung der laufenden Bezüge haben sollte, ist lediglich auf Einwirkung der Reichsregierung hin in eine einmalige Zulage umgewandelt worden, mit Rücksicht darauf, daß die Frage ihrer Einarbeitung in die laufenden Bezüge der vom Reichstanzler Dr. Luther zum 1. April angekündigten Befoldungsreform vorbehalten bleiben sollte.

Nachdem nunmehr auf Wunsch des Reichsfinanzministers Reinhold diese Reform auf unbestimmte Zeit vertagt ist, ist nach Auffassung des A.D.B. in Uebereinstimmung mit den von den Parteien bis Dezember gefaßten Beschlüssen die Einarbeitung dieser Zulage in die laufenden Bezüge notwendig. Der vom Reichsfinanzminister beabsichtigte Wegfall der Zulage würde für die davon betroffenen Beamten eine unerträgliche Einkommenverfälschung bedeuten und überdies im Widerspruch zu dem vom Reichsfinanzminister mehrfach abgegebenen Erklärung stehen, daß er eine Gehaltskürzung der Beamten nicht mitmachen werde.

Angesichts der von Regierung und Reichstag anerkannten Notlage der Beamten in den unteren und mittleren Gruppen, deren Bezüge während des ganzen Jahres 1925 trotz steigender Teuerung eine Verbesserung nicht erfahren haben und heute noch in ihrer Kaufkraft nicht nur tief unter dem Vorkriegsniveau stehen, sondern auch gegenüber 1926 gesunken sind, fordert der Allgemeine Deutsche Beamtenbund vom Reichstag die Uebernahme der Zulage in die laufenden Bezüge des neuen Etatsjahres, und zwar in verbesserter Form, wobei auch die mittleren Befoldungsgruppen über 6 zu berücksichtigen sind.

läten besitzt und voller Lustigkeiten steckt, ist für die übrigen drei Bilder der Komödie der literarische Kritiker nicht mehr zuständig, sondern der Kriminalbeamte. Mir schien es nämlich, als ob die im ersten Bild sehr gerillten geschilderten Gauner nun von unangeleglichen Dummdheiten begeben. Die Hauptspitzbuben fallen außerdem durch eine sträflich anständige Geminnung auf. Zum Schluss trief die ganze Bühne vor Gelächter. Immerhin bietet die Komödie eine ganz nette Abendunterhaltung.

Den Haushofmeister Charles, das Haupt der Hochstaplerbande, spielt Roberts mit unnochmächtiger Grandezza, mit der Vornehmheit eines englischen Lords, die um so beständiger wirkt, als er eben kein Lord, sondern ein Gauner ist. Es spricht für seine schauspielerischen Fähigkeiten, daß trotz seines formvollendeten Benehmens etwas Anrüchiges an der Figur haften bleibt. Mrs. Chenerys ist Elisabeth Bergner. Man bedauert wieder einmal, diese begnadete Künstlerin in einer Rolle zu sehen, für die sie eigentlich zu schade ist. Die natürliche Anmut und der prädele Reiz, die von ihrem kapriziösen Persönlichen ausgehen, reizen das Publikum zu Applaus auf offener Szene hin.

Dgr.

Todesstrahlen. In Weiterentwicklung von Versuchen des deutschen Physikers Lenard gelang es dem amerikanischen Röntgenröhrenspezialisten Coolidge bei der General Electric Co. zu Schenectady, unter Zuhilfenahme einer Spannung von 200 000 Volt aus einem Fenster einer Röntgenröhre Kathodenstrahlen bis zu einem halben Meter in die Luft hinauszuschleusen. Dadurch kann man jetzt auch Körper mit Elektronen beschleichen, ohne sie in eine luftleere Röntgenröhre einzuschließen. Auf dem Weg der Entladung leuchtet die Luft prachtvoll in Purpurfarben auf. Die neuen Strahlen sind außerordentlich wirkungsvoll, ja sie können sogar als „Todesstrahlen“ bezeichnet werden. Fliegen, die nur Bruchteile von Sekunden davon getroffen wurden, waren nach einigen Sekunden tot. Ein 30 Sekunden bestrahlter Teil eines Kaninchenohres ergab Schorfbildung zu beiden Seiten des Ohres. Nach Abwischen des Schorfs blieb ein Loch im Ohr zurück, dessen Peripherie erst haarlos war und sich dann mit schneeweißen Haar bedeckte. Nach Einwirkung von ein Zehntel Sekunde wurden Batterien abgetötet, selbst so widerstandsfähige Sporen wie die des Bacillus subtilis. Die Wirkung auf chemische Substanzen ähnelt der der Radium-Emanation.

Gesellschaftungen der Woche Dienst. Neues Theater: „Das Grabmal des unbekannten Soldaten.“ — Freil. Schiller-Theater: „Aryll-Perly — Casino-Theater: „Eine Nacht im Fabriksaal.“

Uraniumerträge. Täglich: „Die verlorene Welt“ und „Die Schwärze“ Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag, Sonnabend: „Mit dem Karabeln um die Erde.“ Mittwoch: Prof. Liepmann, „Geleitenleben der Frau.“

Jacob Wassermann stellt am dem 6. Fichternabend des Verbandes Deutscher Erzähler am Sonntag im Reichstag seine Komödie: „Adam Uebel.“ Karten bei Wete & Bod und H. Wertheim.

Eine Chamion-Krone veranstaltet Rest Langer unter Mitwirkung von Annemarie Hale, Wunemarie Korff, Dr. Stefan Reifel und Max Böhm am Sonntag im Gottrich-Steinweg-Saal, Bellevuestraße 14, abends 8 Uhr.

* Kläber war auch ein Jahr Leiter der freien (proletarischen) Volkshochschule in Remscheid.

Gewerkschaftsbewegung

Die russischen Gewerkschaften staatliche Hilfsorgane.

Keine Lohnhöhung, höhere Leistung, sagt Tomski.

Moskau, 13. März. (D.F.) Auf dem Gewerkschaftskongress des Moskauer Industriegebietes, der gestern stattgefunden hat, leitete der Führer der russischen Gewerkschaften, Tomski, die Verhandlungen mit einer Rede ein, die trotz ihres auf den offiziellen Optimismus gestimmten Tones die kritischen Probleme der russischen Gewerkschaften erkennen ließ. Der Gegenstand zwischen den breiten Massen der Gewerkschaften und dem Staat als Arbeitgeber kam allerdings darin nur wenig zum Ausdruck. Tomski führte aus:

Der Kampf um die Erhöhung der Arbeitslöhne im Moskauer Industriegebiet sei von Erfolg gekrönt worden. Die Löhne hätten gegenwärtig den (allerdings sehr niedrigen) Vorkriegsstand über- schritten. (Noch mehr aber sind die Lebenshaltungskosten gestiegen.) Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und des Rück- ganges der Arbeitsleistung mühten die Gewerkschaften jedoch jetzt auf eine weitere Lohnhöhung verzichtet. Die Haupt- sache bestehe in der Erhöhung der Arbeiterqualifi- kation. (Das bekannte Auseinanderziehen der Löhne für Gelehrte und Ungelehrte.) Gleichzeitig mühten die Gewerkschaften einen entschiedenen Kampf gegen die gewöhnliche Arbeits- disziplin aufzunehmen und die staatlichen Wirtschafts- organe bei der Forderung genauer Einhaltung der Betriebs- ordnung tatkräftig unterstützen. Die Arbeitsleistung sei im 1. Quartal des laufenden Wirtschaftsjahres 1925/26 um 1 bis 1,5 Proz. in der Metallindustrie um 3,8 Proz. zurückgegangen. In der Gesamtindustrie habe die Arbeitsleistung allerdings eine Steigerung um 6,7 Proz. im Vergleich zum 4. Quartal des abgelaufenen Wirtschaftsjahres 1924/25 zu verzeichnen. Die Ar- beitslöhne hätten jedoch eine stärkere Steigerung aufzuweisen als die Arbeitsleistung. Die Arbeitsverschäumnis nehme in letzter Zeit zu. (Danach scheint Tomski die Gewerkschaften als vollzeitliche Hilfsorgane zu betrachten.)

Wahnsinn als Methode.

Die Lügenbeuterei der „Roten Fahne“.

Wir haben gestern die verrückte Methode der „Roten Fahne“, für alles die Sozialdemokratie, die „Gewerkschaftsbureau- kratie“ und den „Bormärts“ verantwortlich zu machen, anlässlich des Urteils im Prozeß der Eisenbahnerverbände gegen die Reichsbahn entsprechend glossiert. Die „Rote Fahne“ hatte zum Beweis für die Schlechtigkeit der „Bormärts“ und dessen Schuld an dem Urteil der achten Zivilkammer des Landgerichts I einen Satz zitiert, der angeblich am 22. Juli 1924 im „Bormärts“ gestanden hätte.

Wie wir inzwischen festgestellt haben, bezieht sich der zitierte Satz nicht auf die Entlassungen, sondern auf die gemeldete Ab- erkennung der Beamtenrechte der Eisenbahner. Nun stellt die „Rote Fahne“ es so hin, als handle es sich um das Streikrecht der Eisenbahner und als hätte der Einheitsverband der Eisenbahner, bzw. der frühere Deutsche Eisenbahnerverband mit Unterstützung des „Bormärts“ sich gegen das Streikrecht der Eisenbahner ausgesprochen. Diese Behauptung ist natürlich eine bewusste Lüge des bolschewistischen Blattes. Denn die „Rote Fahne“ weiß ganz genau, daß wiederholt mit Unterstützung der Organisation und mit Unterstützung des „Bormärts“ die Eisen- bahner gestreikt haben. In derselben Nummer, aus der die „Rote Fahne“ einen verstümmelten Satz zitiert hat, schreiben wir unter anderem bezüglich des Achtstundentages der Eisenbahner: „Diesen Achtstundentag werden sich die Eisenbahner zurückholen.“

Wir sind aber der Meinung, daß ein Kampf nur dann ge- führt werden darf, wenn alle anderen Mittel erschöpft sind und

wenn der Kampf Aussicht auf Erfolg hat. Um Aussicht auf Erfolg zu haben, dazu ist bei jedem Kampfe eine starke Organi- sation die Voraussetzung. Diese Organisation war bei den Eisenbahnern vorhanden. Sie ist durch das Verbrechen der Spaltung, das die Kommunisten begangen haben, heute nicht mehr vorhanden. Wenn sich die „Rote Fahne“ jetzt ver- rückt stellt und so tut, als seien der „Bormärts“ und der Einheits- verband verantwortlich für das Urteil der achten Zivilkammer, so haben sich die Eisenbahner genug gefundes Urteil bewahrt, um sich dieses Verbrechens der Kommunisten zu erinnern und diese als die Schuldigen zu brandmarken.

Die Firma Massary erzählt Geschichten.

Sie sind aber nicht wahr.

Zu der Berichtigung, die die Firma Massary uns geschickt hat und die in unserer heutigen Morgenausgabe veröffentlicht ist, wird uns vom Deutschen Tabakarbeiterverband mitgeteilt:

„Es ist nicht richtig, daß die Firma Massary den Akkord- paderinnen, bei denen der Konflikt entstand, höhere Löhne ge- zahlt hat, als es in den anderen Zigarettenfabriken üblich war und

Wahlkörperversammlungen im DMB.

Alle Mitglieder, die für die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Organisation, für ihre Kampfbarkeit gegenüber den Unternehmern, für ihre innere Geschlossenheit sind, be- suchen die Wahlkörperversammlungen und stimmen für die Kandidaten der Amsterdamer Richtung.

Ist der Durchschnittslohn der Akkordpaderinnen bei Massary betrug 32 M., ungefähr so viel wie in den anderen Fabriken. Es kann also auch keine Rede davon sein, daß der Lohn der Akkordpaderinnen nach der angekündigten Lohnherabsetzung dem allgemein gültigen Tarif entsprechen würde, ja sogar noch darüber hinausginge.

Der Mindestdurchschnittslohn beträgt nach dem üblichen Tarif, den auch die Firma Massary anerkannt hat, 28,75 M. Die Firma Massary hat eine Herabsetzung der Löhne von 36 Proz. vornehmen wollen, was entsprechend dem bisherigen Durchschnittslohn eine Herabsetzung von 11,50 M. pro Woche betragen würde. Somit würde der Lohn der Akkordpaderinnen auf etwa 20—21 M. herab- gesetzt werden, d. h. um 8 M. unter den tariflichen Mindestdurch- schnittslohn. Wie angesichts dieser Tatsachen die Firma behaupten kann, sie habe nichts unternommen, die Tariflöhne zu unterbieten, ist uns unverständlich.

Die Antwort des Tabakarbeiterverbandes zeigt, daß die Firma Massary nicht davor zurückschreckt, mit ihrer Berichtigung ein plummes Täuschungsmanöver vorzunehmen. Darüber hinaus ist das Vorgehen der Firma ein glatter Tarifbruch. Der bis 31. Juli gültige Tarif, den auch die Firma Massary an- erkannt hat, kann nur gekündigt werden, wenn die Reichsindexziffer unter 135 ist oder über 145 steigt. Es ist geradezu unerhört, wenn die Firma Massary dieses Abkommen in der geschilberten Weise bricht und dann durch solche Darstellungen noch die Deffentlichkeit zu täuschen sucht.

Der Konflikt der Bauanschläger.

Am 2. März wurde vom Schlichtungsausschuß ein Schiedspruch gefällt, durch den der Bauanschlägertarif, der vom Schutz- verband Berliner Schlossereien zum 28. Februar gekündigt worden war, in seiner bisherigen Form bis zum 31. Mai verlängert wurde. Da durch den Spruch des Schlichtungsausschusses die von den Unternehmern beantragten Verschlechterungen abgelehnt wurden, haben die Bauanschläger den Schiedspruch ange-

nommen, die Unternehmer jedoch abgelehnt. Die daraufhin vom Metallarbeiterverband beantragten Verbindlichkeitsverhandlungen sollen nunmehr so lange ausgesetzt werden, bis die nochmals vom Schutzverband Berliner Schlossereien gewünschten unverbrüchlichen Verhandlungen zwischen den Parteien stattgefunden haben.

Lehrlingdwirtschaft in der Maschinenfabrik E. Wille, A. G.

Die Firma E. Wille, A. G., Fehrbelliner Straße 14, Berlin, beschäftigte im Vorjahre neben 48 Lehrlingen immerhin noch 15 bis 20 Gesellen. Jetzt sind noch sechs Gesellen und 45 Lehrlinge be- schäftigt. Das heißt, etwa der vierte Teil Lehrlinge muß um- wichtigste eine Woche auslegen. Zu Beginn des Jahres waren diese „Feierlichkeiten“ teilweise bis zu vier Wochen aus- gedehnt worden. „Selbstverständlich“ ist, daß während der Zeit des Aussehens kein Pfennig Kostgeldentwähigung ge- zahlt wird. Der Verpflichtung hierzu glaubt die Firma sich da- durch entzogen, daß sie das Wort „Kostgeld“ im Lehrvertrag überall sorgfältig durch das Wort Lohn ersetzt hat. Das ändert aber für die Eltern nichts an der Tatsache, daß die Lehrlinge der Firma Wille nicht auch ihren Magen „aussehen“ lassen können. Eine ge- werbegerichtliche Nachprüfung dieser „Lohn“praktik würde zweifels- frei ergeben, daß die Kostgeldzahlung trotz dieser Um- schreibung erfolgen muß.

Die Firma hat im Lehrvertrag die Pflicht zu gründ- licher Anleitung und Ausbildung übernommen. Aus der Not des schwächeren Geschichtsganges konnte sie für die Lehrlinge die Tugend einer sorgfältigen Unterweisung machen. Sie läßt sich nur von ihrem Profinteresse leiten. Die Lehrlinge wurden bei günstiger Konjunktur oft schon während ihrer Probezeit mit einem kleinen Akkord an die Maschine gestellt. Das würde jetzt aber, abgesehen von den wenigen Mark Kostgeld oder „Lohn“, eventuell noch Unkosten verursachen für etwa verdorbenes Werkzeug und Material. Das „Aussehen“ ist lohnender für die Firma.

Es wäre an der Zeit, daß die ganzen Pflanzstätten der gewerksmäßigen Lehrlingszuchterei von der Gewerbeinspektion einmal gründlich überholt würden. Die Rißfäden auf diesem Gebiete schreien geradezu nach Abhilfe!

Die Wünsche der schlesischen Metallindustriellen.

68 Pf. Stundenlohn ist viel zu viel.

Breslau, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Verband der Metallindustriellen Niederschlesiens kündigt, wie bereits gemeldet, den Arbeiterorganisationen das bestehende Lohnabkommen mit Wirkung zum heutigen Tage an. Die Unternehmer fordern Her- absetzung des Akkordmultiplikators von 59 auf 55 Pf. und die bestehende feste Zulage von 15 Proz. (die einen Lohnsatz für Lohnarbeiter von 68 Pf. ergibt) in eine Kan n z u l a g e zu verwandeln. Bei den Verhandlungen, die am Donnerstag in Liegnitz stattfanden, waren die Vertreter des Arbeitgeberver- bandes von ihrem Vorhaben nicht abzubringen. Demzufolge ver- tiefen diese Verhandlungen resultatlos. Dadurch tritt der Konflikt in ein neues Stadium.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Erich Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Calmar; Sozialismus: Dr. John Schifano; Soziales und Sozialrecht: Fritz Kersch; Anzeigen: Dr. Glöckler; Schriftlich in Berlin: Berlin: Bormärts-Berlin G. m. b. H. Berlin: Spand: Bormärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co. Berlin SW 68: Urbenstraße 2.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft

Berlin N 24, Eisässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf

Fernsprecher: Norden 612a u. 6526 | Landhausstraße 4. Tel.: Platzburg 993

Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges

zu kulantem Zahlungsbedingungen.

Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Ein denkbar moderner Maschinen- park ermöglicht uns außerge- wöhnlich niedrige Gestehungs- kosten. Alles Ersparnis kommt der überragenden Qualität unserer **OBERST** uneingeschränkt zugute.

Waldorf-Astoria Cigarettenfabrik Aktiengesellschaft.

Sonder-Verkauf zu extra billigen Preisen! **Gardinen - Teppichen Decken - Linoleum** in Verkauf il. Stockl • Besichtigen Sie bitte unsere Schaufenster-Auslagen!

Diwandecke 7 ⁵⁰	Diwandecke 39 ⁵⁰
Tischdecke 4 ⁹⁰	Tischdecke 25 ⁰⁰
Diwandecke 15 ⁵⁰	Diwandecken 47 ⁵⁰
Tischdecke 9 ⁷⁵	Tischdecke 29 ⁵⁰
Diwandecke 17 ⁵⁰	Diwandecken 37 ⁵⁰
Tischdecke 11 ⁰⁰	

Angestaubte und leicht defekte Gardinen, Bettdecken und Reste
Weit unter Preis! Einige Beispiele!
4serien Künstler-Garnituren 9 ⁹⁰ 7 ⁹⁰ 5 ⁹⁰ 2 ⁹⁰
3 Serien Bettdecken über 1 Bett 6 ⁹⁰ 2 ⁹⁰ 1 ⁵⁰
3 Serien Bettdecken über 2 Betten 8 ⁹⁰ 6 ⁹⁰ 3 ⁹⁰

Etamine 65	Gobelinbilder
Künstl.-Garnitur 7 ⁹⁰	Linoleumläufer
Scheibenschleier	inlaid-Läufer
95, 65, 58, 40	Querbehang 65

Teppiche	Pa. Velours	Pa. Perser	Pa. Püsch
	persisch u. modern 170x235	imit. zwei- seitig ... 120x190	schwere Qual. 200x300
	47 ⁵⁰	10 ⁹⁰	105 ⁰⁰
	300x300 67 ⁵⁰	155x220 17 ⁰⁰	250x350 160 ⁰⁰
	250x350 110 ⁰⁰	185x285 25 ⁰⁰	300x400 210 ⁰⁰

Steppdecke	Bouclé-Läufer
aus einfarbigem Satin auf beiden Seiten, Halbwoollfüllung, Handarbeit, 150x200 cm	90 cm breit Meter 4 ⁷⁵ 67 cm Meter 3 ⁵⁰

Extra billiges Angebot in Schuhwaren

Braune Leder-Hausschuhe	Damen-Spangenschuhe u. Pumps	Damen-Spangenschuhe
mit Absatzfleck u. braune Leder-Industrie mit biegsamer Lederrolle, Größe 36-42	braun, grau und schwarz Leinen, eleganter Straßenschuh	R. Chevreau moderne Straßenschuhe
2 ⁹⁵	3 ⁹⁵	7 ⁵⁰

H. Joseph & Co., Neukölln, Berliner Str. 51-55.